

# Die Stadt und der demografische Wandel

## Experten aus der Großregion sprachen über die Probleme einer älter werdenden Bevölkerung

**Im Festsaal des Rathauses St. Johann diskutierten Fachleute aus Metz, Trier, Luxemburg und Saarbrücken über die Herausforderungen, die der demografische Wandel den Städten stellt – und darüber, wie die Städte reagieren können.**

*Von SZ-Mitarbeiterin*

*Silvia Buss*

**Saarbrücken.** Der überproportionale Anstieg der Zahl älterer Menschen werde den Sozialstaat überfordern, prophezeit Albrecht Göschel. Man könne nicht immer mehr Pflegeheime bauen, um dem steigenden Bedarf nach Pflege beizukommen. Dem sei kein Gesundheitssystem gewachsen. Äußerst ungemütliche, radikale Denkanstöße bescherte der Berliner Soziologe vom Deutschen Institut für Urbanistik am Donnerstag den Besuchern der Veranstaltung zum Thema Stadtentwicklung und demografischer Wandel „Mehrgenerationenhaus und Seniorenspielplatz?“ im Saarbrücker Rathausfestsaal. Göschel hielt bei dieser vom Altenwerk Europ'âge organisierten Veranstaltung das Impulsreferat, dem eine Podiumsdiskussion mit Experten der vier Quattropole-Städte folgte. Göschels Lösungsvorschlag zur Pflege: „Man verpflichtet die aktiven Älteren, statt zweimal im Jahr nach Mallorca zu fahren, ehrenamtlich beim Pflegen mitzuhelfen.“ Die Älteren ab 50 sollten sich in kleinen Wohngruppen zusammentun und sich selbst helfen und dies nicht als kommunale Aufgabe betrachten. Deshalb könne es nicht um Seniorenspielplätze gehen, und auch das Konzept „Jung hilft Alt“ im Mehrgenerationenhaus habe sich nicht bewährt. Denn die Jungen würden sich lieber untereinander helfen als fremden Alten. Das bestätigten mehr oder weniger direkt auch die Quattropole-Vertreter in der späteren Diskussion. Das SOS-Projekt im Nauwieser Viertel sei nicht zuletzt an zu vielen Anforderungen an zu verschiedene Menschen gescheitert, sagte Gerd Schank, Entwicklungsplaner bei der Landeshauptstadt Saarbrücken. Auch die Mehrgenerationen-Pläne für das Johannisbad gingen mangels Investor nicht voran. In Trier solle es ein Mehrgenerationenprojekt geben, wusste Elke Dilzer vom Trierer Stadtentwicklungsamt nur. Die Stadt stelle sich aber durch altersgerechte Verbesserung der Infrastruktur auf die Zunahme der Alten ein. Madeleine Kayser, Sozialkoordinatorin bei der Stadt Luxemburg, möchte die Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung halten. In Metz, so die Metzger Beigeordnete für Wohnungswesen, Isabelle Kaucic, wohne ein steigender Anteil von Über-65-Jährigen in Sozialwohnungen, die sich in drei Stadtteilen konzentrieren. Neue Wohnformen würden organisiert. Es bleibe aber Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, betonte die Französin. Die Architekten hätten ihre Hausaufgaben für neue Wohnformen schon gemacht, erklärte Architektenkammerpräsident Herbert Kiefer: „Die Modelle sind alle da, sie werden nur nicht umgesetzt“. „Wir brauchen einfache Lösungen“, sagte Wirtschaftsingenieur Franziskus Sauer von der HTW Saar und verwies auf das klassische Mietshaus als (informelles) Mehrgenerationenhaus.